



Ärzteparlament fordert Schutz für Ärzte **Keine Gewalt gegen Helfer**

Die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Hamburg fordert die Bundesregierung auf, ihren Gesetzentwurf zum besseren Schutz von Polizei und Rettungskräften auf alle auszudehnen, die im Gesundheitswesen Hilfe leisten. In ihrer Sitzung am 10. April 2017 beschloss die Delegiertenversammlung folgende Resolution:

Die Mitglieder der Delegiertenversammlung der Ärztekammer Hamburg fordern, den Gesetzentwurf der Bundesregierung für einen besseren Schutz von Polizisten und Rettungskräften auszudehnen: Alle im Gesundheitswesen tätigen Hilfeleistenden (Ärztinnen, Ärzte sowie Angehörige der Gesundheitsberufe) bei Unglücksfällen, gemeiner Gefahr oder Not in Ausübung ihres Berufes, z.B. im Rettungsdienst, in Rettungsstellen eines Krankenhauses oder im Notfall- und Bereitschaftsdienst, müssen durch die gesetzliche Regelung geschützt werden. Dieser in einem Schreiben von Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer sowie der Ärztekammer Hamburg an Bundesjustizminister Heiko Maas erhobenen Forderung schließen sich die Delegierten der Ärztekammer Hamburg ausdrücklich an.

Begründung: Laut einer Befragung von 831 Hausärzten aus dem Jahr 2015¹ waren 73 Prozent in den vergangenen zwölf Monaten mit aggressivem Verhalten von Patienten konfrontiert, 23 Prozent von ihnen sogar mit schwerwiegender Aggression, bzw. Gewalt. Bei Hausbesuchen und im Bereitschaftsdienst fühlen sich 66 Prozent der Ärztinnen und 34 Prozent der Ärzte nicht sicher. Als besonders gefährdet gelten neben den Hausärzten Psychiater, Nervenärzte, Psychotherapeuten – und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Notaufnahmen in Kliniken.

Pressestelle der Ärztekammer Hamburg

Telefon: 040/ 20 22 99 200

verantwortlich: Sandra Wilsdorf, 12.04.2017

¹ Vorderwülbecke F, Feistle M, Mehring M, Schneider A, Linde K: Aggression and violence against primary care physicians – a nationwide questionnaire survey. Deutsches Ärzteblatt Int 2015; 112: 159-65.